SozialForum Leipzig

Presseerklärung vom 29. November 2003

Es ist beabsichtigt – friedlich und solidarisch - im Anschluss an den, am 1. Dezember, von 8.30 Uhr bis ca. 9.30 Uhr, in der Thomaskirche stattfindenden Gottesdienst, den CDU-Parteitagsdelegierten zu verdeutlichen, dass sowohl ihre Pläne zum Umbau der Gesellschaft, als auch ihre gegenwärtige Politik mindestens ebenso sehr auf unseren Widerstand stößt, wie die in der „Agenda 2010“ formulierten Absichten von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen.
Indem wir in der Leipziger Innenstadt „den Politikern die ‚Rote Karte’ zeigen“, unterstützen und solidarisieren wir uns mit den – am selben Tage – auf dem Gelände der Leipziger Neuen Messe stattfindenden Protestaktionen der Gewerkschaften.

Presseerklärung vom 11. Dezember 2003

Das Leipziger Sozialforum erklärt sich solidarisch mit den vielfältigen Protestformen von Studentinnen und Studenten gegen die umfangreichen und nachhaltigen Kürzungen im Bildungsbereich. Wir unterstützen gemeinsam mit dem Aktionskreis Montagsdemo – die am 13. Dezember 2003 in Leipzig stattfindende bundesweite Großdemonstration gegen den immer umfassender fortschreitenden Bildungs- und Sozialabbau.
Mit den Forderungen nach Gerechtigkeit, sozialem Ausgleich und Solidarität bringen wir zum Ausdruck, dass die Zielrichtungen der Studentinnen und Studenten auch die unseren sind, dass die von Sozialabbau und Arbeitslosigkeit unterschiedlich Betroffenen sich nicht gegeneinander ausmanövrieren lassen - sondern gemeinsam für ihre Anliegen demonstrieren.
Wir wenden uns entschieden gegen die Finanzierungskonkurrenz zwischen Sozialpolitik und Bildungspolitik. Kürzungen im Bildungsbereich dürfen nicht länger gegen Aufwendungen in der der Sozialpolitik aufgerechnet werden.
Noch vorhandene kollektive und öffentliche Güter zur ausschließlich betriebswirtschaftlichen Disposition zu stellen, konterkariert den im zivilisatorischen Prozess sich herausgebildet habenden normativen Grundkonsens von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Kooperation.
Gesellschaftlicher Umbau und wirtschaftsfördernde Maßnahmen dürfen nicht einseitig zu Lasten von sozial Schwächeren und Benachteiligten vorgenommen werden. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, sozialem Ausgleich und die Eröffnung lebensweltlicher Perspektiven für alle sind unverzichtbare gesellschaftspolitische Zielbestimmungen für ein Leben in Menschenwürde.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Winfried Helbig
Sprecher des SozialForum Leipzig